

Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>„Gut beraten in Württemberg“</u> Online-Beratungsangebot der Diakonie gestartet	3
<u>Diakonie und Caritas für digitale Grundausstattung</u> Wohlfahrtsverbände zum Tag der sozialen Gerechtigkeit	4
<u>Stellungnahme zum Thema Prostitution des Diakonischen Werks Württemberg</u> Jeder Mensch soll ein Leben in Würde führen können	5
<u>Diakonie Journalistenpreis 2021 für Fernsehen, Hörfunk, Print und Online</u> Ausschreibung offen bis 30. April 2021	6
<u>Nichtinvasivem Pränataltest keine Kassenzulassung geben</u> Offener Brief weist auf hohe Fehlerquote und fehlende Debatte hin	7
<u>Tarifvertrag für die Pflegebranche prinzipiell begrüßt</u> Arbeitsbedingungen der Diakonie Württemberg aber attraktiver	8
<u>Kinder- und Jugendstärkungsgesetz im Bundestag</u> Mehr Maßnahmen für bessere Förderung notwendig	9
<u>Behindertenhilfe bleibt auf Mehrkosten durch Corona sitzen</u> Diakonie ruft zu Einigung zwischen Land und Kommunen auf	10
<u>Liga fordert bessere Rahmenbedingungen für die Pflege</u> Pflege muss einen höheren Stellenwert bekommen	11
<u>Suchthilfe ist wertvoll</u> Liga der freien Wohlfahrtspflege plädiert für Absicherung der Suchtberatungsstellen	12
<u>Soziale Arbeit leistet wertvollen Beitrag, damit sich Armut nicht vererbt</u> Liga der freien Wohlfahrtspflege setzt sich für Angebote im ganzen Land ein	13

Aus den Regionen

<u>Viele freie Stellen im Freiwilligendienst</u> Evangelisches Jugendwerk bietet Bewerbungstreffen online an	14
<u>Erste Impfungen in Senioren- und Behindertenheimen der Diakonie</u> Große Impfbereitschaft in Marienberg und Stetten	15
<u>Bundeswehr im Einsatz in Einrichtungen der Diakonie</u> Marienberg e. V. und Diakonie Stetten bekommen Unterstützung	16
<u>Sozialkaufhäuser starten Onlineverkauf „Click & Collect“</u> Die Neue Arbeit bietet Abholung der Waren vor Ort	17
<u>Digitales Seminar zur politischen Bildung</u> Diakonie Stetten: von Wahlfreiheit, Parteien und Baden-Württemberg	18
<u>„Wir sind oft die einzigen Ansprechpartner“</u> Die Ambulante psychiatrische Pflege der eva kommt weiter zum Hausbesuch	19
<u>Treff für Geschwister von Kindern mit Behinderungen jetzt auch in Stuttgart</u> Betreuung der Diakonie Stetten für Geschwister von Kindern mit Behinderung	20
<u>Erlacher Höhe fordert Erhöhung der Grundsicherung</u> Corona-Einmalzahlung kann nur ein erster Schritt sein	21
<u>Die Mobile Kindersozialarbeit der eva ist weiter unterwegs</u> In Kontakt bleiben trotz des Lockdowns in Plieningen/Birkach	22
<u>Treff Sozialarbeit der eva zum Umgang mit Menschen mit Messie-Syndrom</u> Äußere Verwahrlosung als Zeichen der inneren Not	23
<u>Offener Brief der Diakonie Stetten an Landesregierung</u> Schwarzer-Peter-Spiel auf dem Rücken der Menschen mit Behinderung?	24
Kurznachrichten	25
Personalnachrichten	27

„Gut beraten in Württemberg“

Rund um die Uhr aufrufbar, kostenfrei und mit deutlich weniger Aufwand verbunden: Als erster Fachbereich bietet die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung sein Beratungsangebot auch online an.

Stuttgart. Die Diakonie Württemberg bietet Beratungen ab sofort auch online an. Als erster Fachbereich hat die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung am 22. Februar ihre Tätigkeit auch ins Netz verlegt.

„Die Online-Beratung ist ein wichtiger Baustein, damit wir diakonische Beratung allen Menschen ermöglichen können“, freut sich Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller. Schwellen senken, Barrieren abbauen und erreichbar sein ist von großer Bedeutung. Zusätzlich zur Face-to-face- oder Telefon-Beratung können die Mitgliedseinrichtungen sowie die Bezirks- und Kreisdiakoniestellen nun noch mehr Menschen erreichen.

Gerade zu Pandemiezeiten ist dieses zusätzliche Beratungsangebot notwendig, das von Nutzerinnen und Nutzern zu jeder Tages- und Nachtzeit aufgerufen werden kann. Über die Domain www.dww-beratung.de können die Betroffenen per E-Mail, Chat oder Video mit den Fachberatungen kommunizieren. Innerhalb von 48 Stunden erhalten sie dann eine Rückmeldung von qualifizierten Mitarbeitenden aus dem Fachgebiet.

Das Beratungsportal ist kostenlos, selbsterklärend und einfach anzuwenden. Auf Wunsch können die Userinnen und User auch anonym bleiben. Außerdem ist es datenschutzkonform. Persönliche Daten werden nach Ende des Beratungsprozesses gelöscht.

Nach über einem Jahr der Planung und Umsetzung freut sich die Diakonie Württemberg, diesen wichtigen Schritt getan zu haben, der für die Nutzerinnen und Nutzer auch Zeitaufwand und Kosten reduziert, da sie nicht zur Beratung anreisen oder einen Termin vereinbaren müssen. Außerdem kostet das niederschwellige Angebot weniger Überwindung, sich Hilfe zu suchen. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de.

Diakonie und Caritas für digitale Grundausstattung

Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg fordern eine bessere digitale Grundausstattung für sozial benachteiligte Menschen. „Die digitale Grundausstattung muss Teil des Existenzminimums sein“, so die Verbände anlässlich des Internationalen Tags der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar.

Stuttgart/Karlsruhe/Freiburg. Nach Überzeugung der vier kirchlichen Wohlfahrtsverbände gewinnt digitale Teilhabe zunehmend an existenzieller Bedeutung. Insbesondere die Pandemie habe das verdeutlicht. Kontaktbeschränkungen machten digitale Zugänge zwingend notwendig. Beispiele dafür seien Fortbildungsangebote und Homeschooling, aber auch Termine bei Behörden und Ärzten.

Was im Lockdown spürbar geworden sei, werde u.a. mit dem Onlinezugangsgesetz in Deutschland fortgeführt. Es verpflichtet Bund und Länder, ihre Verwaltungsleistungen bis 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Wer hier aus Kostengründen nicht mithalten könne, erlebe gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung.

Caritas und Diakonie fordern deshalb, digitale Teilhabe für alle zu ermöglichen. Auch Menschen ohne festen Wohnsitz oder ohne ausreichende Deutschkenntnisse brauchten Zugang zu Endgeräten und Unterstützungsangeboten. Digitale Teilhabe sei kein Luxus. Digitale Teilhabe sei lebensnotwendig und wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Digitale Beteiligungsmöglichkeiten sollten im Rahmen der Grundsicherung geschaffen werden, bei Kindern im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets. Ziel müsse es sein, digitale Beteiligungsmöglichkeiten von in Armut Lebenden nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören auch Schulungen in digitaler Kompetenz und die deutliche Ausweitung öffentlicher WLAN-Angebote. Die Kosten für die flächendeckende Gewährleistung digitaler Zugänge sollten von Bund, Land und Kommunen gemeinsam getragen werden.

Der Welttag der sozialen Gerechtigkeit wurde 2009 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung von 2011 befindet sich Deutschland im Bereich der sozialen Gerechtigkeit beim OECD-Vergleich nur im Mittelfeld. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de.

Stellungnahme zum Thema Prostitution des Diakonischen Werks Württemberg

Nach christlichem Verständnis ist jeder Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen (Gen 1,27) und besitzt eine von Gott geschenkte unverlierbare Würde. Die Diakonie tritt dafür ein, dass jeder Mensch ein Leben führen kann, in dem diese Würde nicht verletzt wird.

Stuttgart. Prostitution ist eine gesellschaftliche Realität. Die gesellschaftliche und auch innerkirchlich-diakonische Diskussion zum Umgang mit Prostitution wird nach wie vor sehr kontrovers geführt. Die unterschiedlichen Ansätze sind sich darin einig, dass der Schutz der Betroffenen und die Verbesserung der Bedingungen in der Prostitution und Wege zum Ausstieg verbessert werden sollen. Sowohl Menschen in der Prostitution als auch Opfer von Menschenhandel sollen nach Kräften unterstützt und beraten werden.

Es gibt viele Wege und Lebenssituationen, die in die Prostitution führen. In vielen Fällen werden Menschen unter kriminellen und menschenverachtenden Methoden zur Prostitution gezwungen. Im Fall von Menschenhandel und Zwangsprostitution liegt eine massive Verletzung der Würde und der Menschenrechte vor.

Seit Jahrzehnten leistet die Diakonie Beratung und Unterstützung für Menschen in der Prostitution. Die Diakonie ist in diesem Bereich grundsätzlich anwaltliche Diakonie. Sie setzt eine wertschätzende Haltung voraus. Handlungsleitend für die Diakonie ist die soziale Situation von Prostituierten und ihre fachlich kompetente Beratung.

Die gültige Rechtslage für die Beratung ist das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG). Mit seinem in Kraft treten am 1. Juli 2017 ist Prostitution definiert als sexuelle Dienstleistung, die gegen Entgelt oder andere Werte erbracht wird. Das Gesetz ermöglicht Kontrollen im „Hellfeld“. Die Polizei sollte besser ausgestattet werden, um Hell- und Dunkelfeld besser kontrollieren zu können. Corona zeigt, dass sich ein großer Bereich der Prostitution ins Dunkelfeld bewegt hat. Damit ist er noch stärker einer staatlichen Kontrolle entzogen und die Gewalt gegen Prostituierte nimmt tendenziell zu.

Wie der Schutz von Frauen in der Prostitution am besten gewährleistet werden kann, wird in Fachdiskursen auch in der Diakonie kontrovers debattiert. In diesem Zusammenhang wird ein Sexkaufverbot thematisiert, das den Sexkauf und damit Freier bestraft, Prostituierte aber weiterhin berät und unterstützt. Die einen sehen darin das wirksamste Mittel, Menschen in der Prostitution zu unterstützen. Andere befürchten, dass damit Prostitution ins Dunkelfeld rückt und Menschen in der Prostitution noch schwieriger erreichbar sind.

Eine Zusammenarbeit mit Bordellbesitzern, von der in der Presse berichtet wurde, gehört nicht zur Vorgehensweise der Diakonie Württemberg. Der kontroverse fachliche Diskurs ist wertvoll und notwendig für die betroffenen Frauen und Männer in Prostitution und Menschenhandel. Alle, die sich am Diskurs beteiligen, sollten anerkennen, dass auch Menschen mit anderer Überzeugung dazu beitragen wollen, Menschen in der Prostitution zu unterstützen. Die Forderung, diesen Diskurs durch den Entzug durch staatliche Fördermittel einseitig zu verhindern, ist nach Ansicht der Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller nicht nachvollziehbar. „Gerade in diesem kontroversen und schwer lösbaren Arbeitsfeld, in dem Menschen viel Leid erfahren, brauchen wir einen offenen Diskurs, in dem um die besten Lösungen gemeinsam gerungen wird.“ pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de.

Diakonie Journalistenpreis 2021 für Fernsehen, Hörfunk, Print und Online

Die Diakonie in Baden-Württemberg schreibt zum 19. Mal ihren Journalistenpreis aus. Ein-sendeschluss ist der 30. April 2021. Mit dem Preis würdigen die beiden Diakonischen Werke Baden und Württemberg die Berichterstattung über soziale Themen.

Stuttgart. Neben den Preisen für die beste Fernseh-, Hörfunk- (kurz/lang) und Printproduktion wird erneut ein Preis für den Bereich Online-Dokumentation vergeben. Insgesamt geht es um Preisgelder in Höhe von 12.500 Euro. Der Diakonie Journalistenpreis ist einer der größten Preise für sozialpolitische Berichterstattung in Deutschland.

Journalistinnen und Journalisten können sich um die Preise mit ihren Beiträgen bewerben, wenn diese zwischen 16. April 2020 und 15. April 2021 entstanden sind. Die Beiträge müssen eindeutigen Bezug zu Baden-Württemberg haben. Mit dem Journalistenpreis zeichnet die Diakonie sachlich fundierten Journalismus aus. Gestiftet wird der Preis gemeinsam von den beiden evangelischen Wohlfahrtsverbänden sowie diakonischen Einrichtungen aus ganz Baden-Württemberg.
pm

Weitere Informationen und die Ausschreibungsunterlagen finden Sie im Internet unter www.journalistenpreis-diakonie.de oder bei Nadine Schmucker, Sachbearbeiterin, Tel.: 0711 1656-120, E-Mail: schmucker.n@diakonie-wuerttemberg.de.

Nichtinvasivem Pränataltest keine Kassenzulassung geben**Die Diakonie Württemberg fordert den Gemeinsamen Bundesausschuss dazu auf, den pränatalen Bluttests auf Trisomien 13, 18 und 21 keine Kassenzulassung zu geben.**

Stuttgart. Gemeinsam mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis fordert die Diakonie Württemberg den Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), Prof. Josef Hecken, in einem Offenen Brief auf, den Beschluss über die Kassenzulassung des vorgeburtlichen Bluttests auf das Down-Syndrom und andere Trisomien zurückzustellen.

Grund dafür sind die vielen falsch-positiven Ergebnisse bei den Tests und Unklarheiten bei ethischen und gesellschaftspolitischen Folgen einer Kassenfinanzierung des nichtinvasiven Pränataltests (NIPT) für die Trisomien 13, 18 und 21. „Es werden jetzt Fakten geschaffen für eine breite Selektion von Föten mit Down-Syndrom, ohne dass der Bundestag darüber debattiert hat“, moniert Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg.

Die Unterzeichner betonen, dass es sich bei dem NIPT nicht um ein gesichertes Diagnoseverfahren handelt, sondern um einen Suchtest, der lediglich mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhersage, ob eine Trisomie vorliegt oder nicht. Dabei komme es – insbesondere bei jüngeren Frauen und bei den Trisomien 13 und 18 – statistisch zwingend zu einer hohen Anzahl falsch-positiver Testergebnisse. „Gerade weil das hohe Risiko des NIPT für falsche Testergebnisse in Fachkreisen bekannt ist, regeln die medizinischen Leitlinien bereits klar, dass aus medizinischer Sicht jedes auffällige positive Testergebnis aus einem NIPT durch eine invasive Untersuchung abgeklärt werden muss. Der NIPT ersetzt also die Fruchtwasseruntersuchung nicht grundsätzlich. Damit ist das zentrale Argument des G-BA für eine Kassenzulassung sachlich falsch“, heißt es. Der G-BA habe gegen seine eigene Ankündigung eine Indikation beschlossen, die ein Screening vor allem bezüglich des Down-Syndroms ermöglicht.

Zu den Erstunterzeichnenden des Offenen Briefes gehören neben der Diakonie Württemberg und dem Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e. V. Elternvereine, die Bundesvereinigung Lebenshilfe, Selbstvertretungen behinderter Menschen ebenso wie das Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik. Weitere Unterzeichnende kommen ständig hinzu. pm

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie, Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de.

Tarifvertrag für die Pflegebranche prinzipiell begrüßt

Die Diakonie Württemberg begrüßt, dass sich die Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft auf Inhalte eines Tarifvertrags über Mindestbedingungen in der Altenpflege verständigt haben. Dieser Tarifvertrag Pflege hat allerdings keine Bedeutung für die Mitarbeitenden in der Diakonie in Württemberg.

Stuttgart. „Nach den uns bisher vorliegenden Inhalten des Tarifvertrags kommen wir zu der Einschätzung, dass die im Tarifvertrag Pflege vereinbarten Mindestbedingungen deutlich unter unseren in den Arbeitsvertragsrichtlinien Württemberg geregelten Vergütungen liegen und damit keinerlei Bedeutung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Diakonie in Württemberg haben“, so der Vorsitzende der Kommission für Unternehmensfragen der Diakonie Württemberg Dietmar Prexl.

„Mit unseren Arbeitsvertragsrichtlinien in Württemberg, die durch die paritätisch besetzte Arbeitsrechtliche Kommissionen von Dienstnehmer- und Dienstgebervetretern für die rund 50.000 Mitarbeitenden der württembergischen Diakonie gestaltet werden, sind wir attraktiver und dies soll auch künftig so bleiben“, so Dietmar Prexl weiter.

Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand im Diakonischen Werk Württemberg, betont, dass die Mitarbeitenden in der Pflege in der Diakonie Württemberg bessere und attraktivere tarifliche Arbeitsbedingungen haben als dies der noch nicht gültige Tarifvertrag Pflege vorsieht. Die seit langem diskutierte Pflegereform könne in der Pflege zu besseren Arbeitsbedingungen führen, was die Diakonie Württemberg grundsätzlich begrüße. pm

Weitere Informationen: Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand, Tel.: 0711 1656-130, E-Mail: bachert.r@diakonie-wuerttemberg.de.

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz im Bundestag

Am 29. Januar hat sich der Bundestag in erster Lesung mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz befasst, am 22. Februar wurde er in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses beraten. Die Diakonie Württemberg sieht noch Ergänzungsbedarf, insbesondere bei der inklusiven Lösung.

Stuttgart. „Die Diakonie Württemberg setzt große Hoffnungen in die geplante Reform der Kinder- und Jugendhilfe, sieht allerdings wichtige Anliegen nicht aufgenommen“, sagt die Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller. Neben Verbesserungen beim Kinderschutz und in der Stärkung der Beratung und Beteiligung von Betroffenen sei zwar zu begrüßen, dass die "inklusive Lösung" nun endlich Teil der Reform sei. „Die Verbesserung des gesetzlichen Rahmens der Hilfen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung sieht die Diakonie Württemberg als sehr dringlich. Hier bleibt der Gesetzesentwurf jedoch deutlich hinter unseren Erwartungen zurück, weil es an Verbindlichkeit und Konsequenz der Umsetzung fehlt.“

Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik, bemängelt, dass zwar eine große Reform angestrebt wird, aber erst in sieben Jahren alle Kinder Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht erhalten sollen. Zudem enthalte der Entwurf die Einschränkung, dass sich an den Leistungen, dem Kreis der Leistungsberechtigten und der Kostenbeteiligung nichts ändern dürfe. „Das bremst notwendige Entwicklungen von vorneherein ab.“

Die Diakonie Württemberg bedauert zudem, dass der Gesetzesentwurf für zwei andere wichtige Anliegen keine Verbesserungen enthält. Zum einen bleibe eine dringend notwendige Stärkung der gemeinsamen Wohnformen für Mütter oder Väter mit Kind aus. Der gesetzliche Rahmen müsse dringend an die schwierigen Lebenssituationen der Familien in diesen Hilfen (etwa durch eine psychische Krise) angepasst werden. Zum anderen müsse es für junge Menschen die erforderliche Unterstützung auch über das 18. Lebensjahr hinaus geben. Bei der Stärkung der Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII) bleibe der Entwurf deutlich hinter dem erforderlichen Reformbedarf zurück. „Damit wird der Gesetzesentwurf erneut nicht den Erkenntnissen gerecht, dass sich die Anforderungen in dieser Lebensphase deutlich erhöht haben“, sagt Noller.

Noller und Armbruster setzen auf Verbesserungen im weiteren parlamentarischen Verfahren: „Wir erhoffen uns, dass die Abgeordneten die Chance nutzen, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz in wichtigen Punkten nachzubessern, damit es zu wirklich durchgreifenden Verbesserungen, insbesondere für junge Menschen mit und ohne Behinderung führt.“ pm

Weitere Informationen: Matthias Reuting, Abteilungsleiter Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711 1656-216, E-Mail: reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de.

Behindertenhilfe bleibt auf Mehrkosten durch Corona sitzen**Diakonie ruft Land und Kommunen dringend zur Einigung auf in Sachen coronabedingter Mehrkosten in der Behindertenhilfe.**

Stuttgart. Mit Unverständnis reagiert die Diakonie Württemberg darauf, dass die Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen ihre durch die Corona-Pandemie bedingten Mehrkosten immer noch nicht erstattet bekommen. Sie ruft Land und Kommunen zu einer Einigung in der Frage der Finanzierung auf. „Diese Benachteiligung ist nicht zu rechtfertigen und muss beendet werden“, sagt Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik im Diakonischen Werk Württemberg. Was für Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser und in anderen Bundesländern auch für die Behindertenhilfe selbstverständlich sei, könnten Einrichtungen in Baden-Württemberg nicht geltend machen. Schutzbekleidung, Hygieneartikel, mehr Personal bei kleineren Gruppen und Isolier- und Quarantänestationen sind Beispiele für unumgängliche und wesentliche Mehrausgaben in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Die Einrichtungen sind hier in Vorleistung gegangen und warten seither auf einen finanziellen Ausgleich.

Auch Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand im Diakonischen Werk Württemberg, sieht die Situation in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung mit Sorge. „Zusätzlich zu den nicht erstatteten Mehrkosten müssen die Einrichtungen auf Einnahmen verzichten, weil sie durch die Schließung von Werkstätten fehlende Produktionsaufträge zu verzeichnen haben und freie Wohnplätze wegen der Pandemie nicht belegen können.“ Für Bachert ist es nicht hinnehmbar, dass die für die Finanzierung in der Behindertenhilfe zuständigen Stadt- und Landkreise in dieser Sache auf das Land Baden-Württemberg verweisen. „Wenn die Kommunen nicht bald zu ihrer Verantwortung als Träger der Hilfe für Menschen mit Behinderung stehen, sieht es für die Angebote für Menschen mit Behinderungen düster aus.“ Die Behindertenhilfe treffe diese Benachteiligung besonders hart, weil sie mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes schon herausgefordert sei.

Oberkirchenrätin Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg, ruft die Verantwortlichen von Land und Kommunen zu einem Abschluss der Klärungsgespräche auf. „Wenn unsere Einrichtungen für Menschen mit Behinderung für die coronabedingten Mehrkosten jetzt nicht bald einen finanziellen Ausgleich bekommen, wirkt sich das in dieser Krise letztlich negativ auf die Angebote für Menschen mit Behinderung aus.“ pm

Weitere Informationen: Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand, Tel.: 0711 1656-130, E-Mail: bachert.r@diakonie-wuerttemberg.de.

Liga fordert bessere Rahmenbedingungen für die Pflege

Mit Blick auf die Wahl zum baden-württembergischen Landtag am 14. März fordert die Liga der Freien Wohlfahrtspflege Verbesserungen für die stationäre, teilstationäre und ambulante Altenpflege. Die wirtschaftlichen und arbeitstechnischen Rahmenbedingungen spiegeln aktuell nicht die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Branche wider.

Stuttgart. Diese gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Pflege muss nach Überzeugung der Liga-Verbände noch mehr im politischen Handeln sichtbar werden. „Besonders wichtig ist es, die Attraktivität der Pflegeberufe weiter zu erhöhen“, so die Vorstandsvorsitzende Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock. Dazu gehörten gute Arbeitsbedingungen und die konsequente Umsetzung der neuen generalistischen Pflegeausbildung. „Gut ausgebildetes Personal sollte seine Energie wieder auf Pflege und Betreuung der ihnen anvertrauten Menschen lenken können, anstatt auf eine überbordende Bürokratie. Die Arbeitsverdichtung in allen Bereichen der Altenhilfe ist nicht weiter tragbar“, führt Holuscha-Uhlenbrock weiter aus.

„Grundvoraussetzung dafür ist, den wirtschaftlichen Druck von den tarifgebundenen Einrichtungen und Diensten zu nehmen“, betont Beatrix Vogt-Wuchter, die Vorsitzende des Liga-Ausschusses Alter und Gesundheit. Die Politik ist nun gefragt Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglichen. „Wirtschaftliche Betriebsführung, das bedeutet die Refinanzierung von Tarifsteigerungen und genügend Personal, um die Arbeitssituation zu entspannen“, erklärt Vogt-Wuchter.

Bessere Rahmenbedingungen brauchen auch die Weiterentwicklung der Versorgungsformen. Vogt-Wuchter erläutert dazu: „Menschen sollten so leben können, wie sie es sich wünschen. Dazu müssen die Träger von Einrichtungen und Diensten die Möglichkeit bekommen, alternative Wohn- und Versorgungsformen erproben zu können. Und hierzu bedarf es endlich der schon lange geforderten Durchlässigkeit und Verknüpfung der einzelnen Versorgungssysteme“ „Einen deutlichen Innovationsimpuls braucht man ebenfalls im Bereich der Digitalisierung“, ergänzt Holuscha-Uhlenbrock. Der dazu nötige finanzielle Rahmen könne beispielsweise dadurch geschaffen werden, in dem das Land viele nebeneinander existierende Fördertöpfe zu einem großen Innovationsfördertopf für die Pflege zusammenlegt.

Gemeinsam weisen die Liga-Verbände darauf hin, dass derzeit allein in Baden-Württemberg rund 400.000 Menschen pflegebedürftig sind. Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie gezeigt, wie wichtig gute Pflege ist. pm

Weitere Informationen: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V., Dr. John Litau, Geschäftsführer als Mitglied des Vorstands, Tel.: 0711 61967-0, E-Mail: litau@liga-bw.de.

Suchthilfe ist wertvoll

In Baden-Württemberg gibt es 100 Suchtberatungsstellen, in welchen jährlich bis zu 60.000 Menschen Hilfe erfahren. Diese Suchtberatungsstellen sind ein Erfolgsmodell in der sozialen Helfelandschaft und müssen systematisch abgesichert werden.

Stuttgart. Die Suchthilfe ist ein unverzichtbarer Teil unserer sozialen Hilfesysteme. Viele der Hilfesuchenden wären ohne die Unterstützungsleistungen von Suchtberatungsstellen nicht nur gesundheitlich stark gefährdet, sondern würden langfristig, z.B. durch Arbeitsplatzverlust, auch auf staatliche Transferleistungen angewiesen sein. Aktuelle Studien zeigen eindrucksvoll, wie durch jeden investierten Euro in die Suchthilfe 28 Euro öffentliche Gelder eingespart werden. Darum ist es kaum nachvollziehbar, dass diese Einrichtungen vielerorts auf eine finanzielle Notlage zusteuern. Suchthilfe ist systemrelevant und muss systematisch abgesichert werden.

Das Spektrum der Suchthilfe ist immens breit aufgestellt und ragt verästelt in viele andere Hilfebereiche hinein wie z.B. die Jugendhilfe, die Wohnungslosenhilfe, die Altenhilfe, die Straffälligenhilfe oder die Migrationsdienste. Die Suchthilfe ist frei zugänglich für alle Menschen mit Alkohol-, Drogen-, oder Glücksspielproblemen und deren Familien. Aber diese Hilfe steht auf tönernen Füßen. „Land und Kommunen bewegen sich bei der Finanzierung im Bereich der Freiwilligenleistungen. Das bedeutet dauerhaften Stress um die Existenz für viele unserer 30 Mitgliedseinrichtungen,“ beteuert Dr. Jeanette Pohl, stv. Vorsitzende der Landesstelle für Suchtfragen. „Land und Kommunen müssen sich zur Suchthilfe bekennen und im Schulterchluss eine auskömmliche Finanzierungsstruktur vorlegen. Denn der Status der Freiwilligenleistungen öffnet der Beliebigkeit Tür und Tor. Das kann nicht sein,“ warnt Pohl vor einer drohenden Notlage.

Dabei geht es letztlich um Männer und Frauen aller Altersstufen und quer durch die Gesellschaftsschichten, um Jugendliche und Heranwachsende und auch um Kinder aus suchtbelasteten Familien. In Baden-Württemberg muss man von 500.000 Menschen mit Suchtproblemen ausgehen. „Mit unseren Angeboten wie Beratung, offene Sprechstunden, Kontaktcafés oder Programmen zur Konsumreduzierung erreichen wir lediglich 10 Prozent dieser Menschen. Dabei wäre es so wichtig Suchtprobleme möglichst rechtzeitig anzugehen. Denn je früher umso erfolgreicher.“ weiß Oliver Kaiser, Geschäftsführer des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation. „Aber statt alles daran zu setzen, mehr Menschen zu erreichen, strampeln wir uns ab, um den Bestand zu sichern. Hier brauchen wir ein Umdenken der öffentlichen Hand“, fordert Kaiser.

Die Träger der Suchtberatungsstellen im Land, die fast zu hundert Prozent der freien Wohlfahrtspflege angehören, sind sich einig. Die zukünftige Landesregierung muss sich strukturell fragen, wieviel ihr die Suchthilfe wert ist. Ein weiter so, wie bisher, kann es nicht geben. Es braucht ein zukunftsfähiges Finanzierungsmodell zum Wohle der Betroffenen und zum Wohle Aller. pm

Weitere Informationen: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V., Dr. John Litau, Geschäftsführer als Mitglied des Vorstands, Tel.: 0711 61967-0, E-Mail: litau@liga-bw.de.

Soziale Arbeit leistet wertvollen Beitrag, damit sich Armut nicht vererbt**Die Liga der freien Wohlfahrtspflege setzt sich im ganzen Land für Angebote für Kinder und Jugendliche ein, damit sie nicht noch mehr in Isolation geraten.**

Stuttgart. In den Wochen der Corona-bedingten Lockdowns wurde einmal mehr deutlich: Soziale Arbeit leistet einen immens wichtigen Beitrag, damit benachteiligte Kinder und Jugendliche nicht noch mehr in die Isolation geraten. Mit der Schließung von Schule und Hort wurde der Kontakt zu Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern für viele Kinder in den vergangenen Wochen wichtiger denn je. Oft ist und war es die aufsuchende Familienhilfe, die Familien bei Alltagsproblemen und während des Lockdowns auch vermehrt beim Lernen unterstützt hat. Die Sozialarbeiterinnen entlasteten die Eltern, wenn aufgrund von beengten Wohnverhältnissen die Situation bisweilen angespannt war. „Soziale Arbeit ist im gesamten Südwesten nicht mehr wegzudenken, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien zu stärken“, betont die Liga-Vorsitzende Dr. Annette Holuscha-Uhlenbrock im Vorfeld der Landtagswahl. „Soziale Arbeit verbessert die Startchancen der Kinder. Und das wirkt sich auf ihr gesamtes Leben nachhaltig positiv aus.“ Die Kolleginnen und Kollegen leisteten tatkräftiges Anpacken, Zuhören und Gespräche einen entscheidenden Beitrag, damit sich Armut nicht vererbe.

Angesichts der aktuellen Armutszahlen im Land kommt der Sozialen Arbeit noch eine wichtigere Rolle als Systemrelevanz zu: denn jedes 5. Kind im Land ist von Armut bedroht und startet mit schlechteren Karten ins Leben. „Unsere Leute vor Ort arbeiten durch Beratung und Begleitung gegen diese Chancenlosigkeit an und eröffnen neue Perspektiven“, so Holuscha-Uhlenbrock. Die Begleitung beginne bereits, solange die Kinder im Kleinkindalter oder womöglich noch gar nicht geboren sind. Frühe Hilfen und auch Schwangerschaftsberatungsstellen unterstützen und begleiten die (werdenden) Eltern und Mütter. Schulsozialarbeit oder aufsuchende Familienhilfe unterstützt die jungen Menschen im weiteren Verlauf. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter stehen als reale Ansprechpartner für jegliche Themen bereit. Sie nehmen die jungen Menschen ernst und fordern sie zugleich in ihrer Selbstverantwortung, damit sie lernen, ihr Leben eigenständig zu bewältigen. „Soziale Arbeit ist der Schlüssel, wenn es darum geht, Kinder und Jugendliche zu befähigen. Die Angebote geben einen An Schub, damit die jungen Menschen einen guten Weg finden und selbstbestimmt ihr Leben führen können“, so die Liga-Vorsitzende.

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege setzt sich dafür ein, dass im gesamten Land Angebote für Kinder und Jugendliche jeglichen Alters bereitstehen. Das Netz an vielfältiger Unterstützung müsse flächendeckend im ganzen Land gut ausgebaut sein. Die Chancen eines Kindes dürfen nicht daran geknüpft sein, ob es zufällig in Mannheim, Tuttlingen oder Heilbronn wohnt. Holuscha-Uhlenbrock betont daher: „Um allen benachteiligten Kindern diese Unterstützung zur Verfügung zu stellen, brauchen wir in Baden-Württemberg gezielt eine Stärkung der Sozialen Arbeit mit ihren Beratungsangeboten und Diensten.“

Armut hat strukturelle Ursachen. „Daher braucht es auf Landesebene eine Gesamtstrategie, um Armut zu bekämpfen“, betont Holuscha-Uhlenbrock. Vor Ort müsse eine armutssensible und armutspräventive Infrastruktur geschaffen und weiterentwickelt werden. So stelle beispielsweise die Förderung qualifizierter Ganztagsangebote einen wichtigen Baustein dar: Zusammen mit der Schulsozialarbeit fördert der qualifizierte Ganztags die Bildungschancen von Kindern, dies ist seit vielen Jahren erwiesen. pm

Weitere Informationen: Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V., Dr. John Litau, Geschäftsführer als Mitglied des Vorstands, Tel.: 0711 61967-0, E-Mail: litau@liga-bw.de.

Evangelisches Jugendwerk bietet Bewerbungstreffen online an

90 Prozent der Stellen im Freiwilligendienst des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg (EJW) sind noch unbesetzt. Vor allem der Kontakt zu Jugendlichen gestaltet sich pandemiebedingt schwierig.

Stuttgart. Mit Sorge betrachtet das EJW die aktuellen Zahlen bei der Stellenbesetzung im Freiwilligendienst. Im Moment liegt erst für 10 Prozent aller Stellen, die beim EJW angegliedert sind, eine feste Zusage vor. Bis zum Starttermin für den neuen Jahrgang im September ist zwar noch Zeit, aber die Abläufe gestalten sich in diesem Jahr deutlich schwieriger.

„Uns fehlt der Kontakt zu den jungen Menschen, für die der Freiwilligendienst interessant sein könnte“, sagt Klaus Stoll, Leiter der Freiwilligendienste im EJW und verweist damit auf die zahlreichen Veranstaltungen, die auf Grund der Corona-Pandemie ausfallen oder auf Online-Angebote verlagert werden müssen. „Normalerweise wären wir jetzt bei verschiedenen Jugendevents und Berufsinformationsmessen präsent. Aber das fällt in diesem wie schon im letzten Jahr weg.“ Das EJW steht damit vor der Herausforderung, wie die Informationen bei den jungen Menschen ankommen. Kontaktaufnahme und Bewerbungsgespräche wären selbstverständlich auch unter den bestehenden Auflagen möglich, so Stoll. Schon im Frühjahr 2020 wurden viele Gespräche über Telefon und Videochat abgewickelt. Das EJW bietet deshalb digitale Info- und Bewerbungstreffen an, bei denen sich Interessierte von zu Hause aus über den Freiwilligendienst im EJW und die Abläufe informieren können.

Seit 2011 ist das EJW Träger im Freiwilligendienst für das Freiwillige Sozial Jahr (FSJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD). Im aktuellen Jahrgang sind 118 Freiwillige an über 90 Einsatzstellen im Dienst. Die Aufgabengebiete der Freiwilligendienst sind über ganz Württemberg verteilt und thematisch breit aufgestellt: Bezirks- und Ortsjugendwerke, CVJM, Kirchengemeinden, Freizeitheime und Tagungshäuser Kindergärten und die EJW Landesstelle. pm

Weitere Informationen: Evangelisches Jugendwerk Württemberg, Klaus Stoll, Tel.: 0171 6737823, E-Mail: klaus.stoll@ejwue.de.

Erste Impfungen in Senioren- und Behindertenheimen der Diakonie

Die ersten Menschen mit Behinderung und Mitarbeitende der Diakonie Stetten wurden geimpft. Insgesamt haben rund 250 Personen die erste Impfung gegen das Corona-Virus erhalten. Auch in Mariaberg haben die Corona-Schutzimpfungen begonnen.

Stetten/Gammertingen-Mariaberg. Ein mobiles Impfteam des Deutschen Roten Kreuzes besuchte für die Impfungen zunächst das Medizinisch Pflegerische Wohnen (MPW) und Wohngruppen für Seniorinnen und Senioren in Mariaberg und machte dann im Testzentrum im Hallenbad Station. Innerhalb von drei Stunden konnten über 120 Angehörige der Zielgruppe mit höchster Priorität geimpft werden. Dazu gehören neben den über 80-jährigen und besonders pflegebedürftigen sowie schwerkranken Klientinnen und Klienten des diakonischen Trägers Mariaberg e.V. auch das medizinische Personal, die Pflegenden und Betreuenden, die tagtäglich mit ihnen zu tun haben. Weiterhin wurden die Mitarbeitenden des Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ), das als Corona-Schwerpunktpraxis fungiert, geimpft.

Bei der Diakonie Stetten hat ein Mobiles Impfteam des Robert-Bosch-Krankenhauses die Impfungen durchgeführt. Als Menschen mit Behinderung, die zusätzlich Pflegebedarf haben gehören die Bewohner des Wohnbereichs Gartenstraße laut Impfverordnung zur Personengruppe mit höchster Impfpriorität, ebenso wie die Mitarbeitenden, die im Alltag mit ihnen engen Kontakt haben. Wohnverbundleiter Paul Bareiß, der die Impftermine in der Gartenstraße zusammen mit seinen Kollegen vorbereitet und koordiniert hat, berichtet vom Verlauf: „Es hat alles super geklappt und die Zusammenarbeit mit den mobilen Impfteams vom Robert-Bosch-Krankenhaus läuft sehr gut. Auch haben alle die Impfung gut vertragen.“ Die zweite Impfung ist bei beiden Trägern für Anfang März angesetzt. If

Weitere Informationen: Leila Fendrich, Stv. Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-118, E-Mail: fendrich.l@diakonie-wuerttemberg.de.

Bundeswehr im Einsatz in Einrichtungen der Diakonie

Die Bundeskanzlerin hat sich für den Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der Ausweitung von Coronaschnelltests in Pflegeeinrichtungen eingesetzt. Soldaten der Bundeswehr unterstützen nun in Seniorenwohnheimen des Alexander-Stifts der Diakonie Stetten und im Testzentrum Marienberg.

Stetten/Gammertingen-Marienberg. Das Testzentrum im trockengelegten Hallenbad wird von Mitarbeitenden des Marienberg e.V. und seiner Tochterfirma, der Medizinisches Versorgungszentrum Marienberg gGmbH (MVZ), organisiert. Auf eigene Kosten führt der diakonische Träger hier seit letztem Jahr seine Klientinnen und Klienten und Mitarbeitenden sowie Besucherinnen und Besucher PCR-Tests auf SARS-CoV-2 durch, inzwischen auch als Schnelltests. Die Bundeswehr-Trupps nehmen die Abstriche vor und greifen dem medizinischen Personal Marienbergs auch bei den Abläufen der Anmeldung unter die Arme.

Auch in den Seniorenheimen der Diakonie Stetten kommt die Bundeswehr zum Einsatz: „Seit Freitag hilft ein Soldat aus Laupheim bei uns im Alexander-Stift in Zell bei der Durchführung von Coronaschnelltests bei Besuchern oder zum Beispiel auch Physiotherapeuten, die ins Haus kommen. Wir sind richtig froh über die Unterstützung“, erzählt Haus- und Pflegedienstleiter Markus Gunst. Bis zum 22. Februar sei der Soldat noch eingeplant. Die Bundesregierung setzt die Soldaten in den kommenden drei Wochen ein. Koordiniert werden die Einsätze über die Stadt- und Landkreise. Anschließend sollen Freiwillige, die über die Bundesagentur vermittelt werden, die Einsätze übernehmen. If

Weitere Informationen: Leila Fendrich, Stv. Pressesprecherin, Tel.: 0711 1656-118, E-Mail: fendrich.l@diakonie-wuerttemberg.de.

Sozialkaufhäuser der Neuen Arbeit starten Onlineverkauf „Click & Collect“

Auch während des Lockdowns müssen Kunden/-innen nicht ganz auf die Sozialkaufhäuser der Neuen Arbeit verzichten. Sie können jetzt online stöbern, ausgewählte Waren ansehen, bestellen und dann abholen.

Stuttgart. Das „Click & Collect“-Angebot der Sozialkaufhäuser wird nach und nach weiter ausgebaut. Wer eine Stuttgarter Bonuscard, eine Vorteilkarte oder Schwäbische Tafel-Karte hat, erhält auf die meisten Artikel einen zusätzlichen Rabatt. Angebote gibt es in den Kategorien „Wohnen“, „Haushaltswaren“, „Elektrogeräte“ und „Besonderes“, darunter finden sich außergewöhnliche Dinge und Sammlerstücke. Die Waren können zwei Tage reserviert werden, bevor sie vor Ort bezahlt werden und innerhalb von fünf Tagen abgeholt werden müssen.

Beteiligt sind die Sozialkaufhäuser in Stuttgart-Wangen, Bad Cannstatt, Esslingen und Plochingen sowie das Logistiklager in Stuttgart-Zuffenhausen für große Elektrogeräte. Im Sozialkaufhaus Bad Cannstatt gibt es zusätzlich einen „Schaufensterverkauf“. Die dort ausgestellten Angebote können telefonisch bestellt und dann abgeholt werden. Auch Spenden für die Sozialkaufhäuser sind nach Terminabsprache weiterhin möglich. pm

Weitere Informationen: Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH, Martin Tertelmann, Abteilung Presse und Medien, Tel.: 0711 27301-197, E-Mail: pressemedien@neuearbeit.de.

Digitales Seminar der Diakonie Stetten zur politischen Bildung**Die Diakonie Stetten und die VHS Unteres Remstal kooperieren im Rahmen der Easy-Uni bei einem Projekt mit dem Titel „Unsere Heimat Baden-Württemberg und die Landtagswahl 2021“.**

Kernen-Stetten/Waiblingen. Am 12. Februar fand das erste digitale Seminar im Rahmen der politischen Bildung mit Dozent Jürgen Lutz statt. Rund 19 Teilnehmende aus verschiedenen Standorten der Diakonie Stetten informierten sich über Baden-Württemberg und die Landtagswahl mit ihren Kandidaten.

Christa Rommel, Referentin für Bildung und Qualifizierung in den Remstal Werkstätten und Jürgen Lutz, freiberuflicher Dozent für politische Bildung, hatten im Rahmen des vor zwei Wochen gestarteten Kooperationsprojekts zwischen der VHS Unteres Remstal und der Diakonie Stetten zur ersten digitalen Fortbildung über Baden-Württemberg und die Landtagswahl geladen. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation musste das Projektteam die eigentlich in Präsenzform geplante Veranstaltung virtuell abhalten. Trotz der ungewohnten Veranstaltungsform schalteten sich 19 Menschen mit Behinderungen aus verschiedenen Standorten und unterschiedlichen Alters mit Unterstützung von Mitarbeitenden der Diakonie Stetten zu. Darunter Schülerinnen und Schüler der Theodor-Dierlamm-Schule, Teilnehmende aus dem Berufsbildungsbereich der Remstal Werkstätten sowie jeweils eine Wohngruppe aus Strümpfelbach und Stetten.

„Wir wollen heute darüber sprechen, was Politiker eigentlich so machen, warum wählen wichtig ist, wie die Wahl abläuft und welche Parteien oder Kandidaten Sie wählen können. Wichtig ist, dass man über Politik redet, dass man diskutiert und man darf ruhig auch mal streiten“, begrüßte Jürgen Lutz die Anwesenden. Anhand seiner anschaulichen Präsentation verdeutlichte er den interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern, was Demokratie bedeutet: „Es gibt bei uns nicht einen König und auch nicht viele Könige, sondern wir sind alle Könige. Wir haben vor fünf Jahren das Parlament gewählt und einen Chef von Baden-Württemberg“. Daraufhin meldete sich eine Schülerin der Theodor-Dierlamm-Schule zu Wort und erklärte, dass dies aktuell Winfried Kretschmann sei und die „Chefin“ von Deutschland Angela Merkel.

Jürgen Lutz griff das Thema Heimat Baden-Württemberg auf und hier riefen die Teilnehmenden der Fortbildung rege zahlreiche Begriffe zu: Ob Linsen und Spätzle, Maultaschen oder Badischer Rotwein – die charakteristischen Spezialitäten aus dem Bundesland waren wohlbekannt.

Warum in Baden-Württemberg im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern denn so viele Menschen lebten, wollte ein junger Mann aus dem Berufsbildungsbereich wissen. „Wir haben große Firmen und deshalb sind viele Menschen zu uns gekommen, weil sie hier gute Arbeitsplätze finden“, erklärte Jürgen Lutz. Bei einer Präsenzveranstaltung hätte der Dozent als nächsten Punkt eigentlich die Wahlurne samt Wahlkabine gezeigt. Doch aufgrund der Umstellung auf die digitale Präsentation mussten die Teilnehmenden sich mit Fotos zufriedengeben. „Das hier ist ein Wahlzettel und Sie dürfen bei der Landtagswahl nur eine Stimme abgeben und auch sonst nichts auf den Zettel malen. Sonst ist Ihre Wahl ungültig“, betonte Jürgen Lutz. Ganz wichtig sei auch, dass die Wahl geheim ist. Daneben ermunterte er die Anwesenden, die Kandidaten anzusprechen und Fragen zu stellen. „Sprechen Sie mit Freunden und Verwandten über die Wahl. Aber ganz wichtig ist am Ende: Nur Sie entscheiden“. pm

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Hannah Kaltarar, Stv. Pressesprecherin, Tel.: 07151 940-2974, E-Mail: hannah.kaltarar@diakonie-stetten.de.

Die Ambulante psychiatrische Pflege der eva kommt weiter zum Hausbesuch

Die Ambulante psychiatrische Pflege der Evangelischen Gesellschaft (eva) kommt weiterhin zum Hausbesuch. Viele Menschen hätten ohne diesen Dienst sonst gar keinen Kontakt mehr zur Außenwelt.

Stuttgart. Die ambulante psychiatrische Pflege der Evangelischen Gesellschaft (eva) betreut 48 Menschen in Freiberg, Feuerbach und Weilimdorf sowie 83 weitere in Birkach und Möhringen; zur Caritas Stuttgart gehört ein vergleichbarer Pflegedienst in Stuttgart Mitte/Süd. Die Frauen und Männer sind psychisch erkrankt, leben aber in ihrer eigenen Wohnung. Ohne diesen Dienst hätten die Menschen überhaupt keinen Kontakt mehr zur Außenwelt.

„Unsere Leute fühlen sich oft sehr einsam, wir sind ihre einzigen Ansprechpartner“, berichtet Birgit Hofmann. Bei den Besuchen, die mal nur fünf Minuten und mal eine dreiviertel Stunde dauern, geht es darum, die Medikamenteneinnahme zu überprüfen und das Befinden der Patientinnen und Patienten einzuschätzen. Das soll akute Krisen verhindern. Manche der Frauen und Männer müssen bei der Körperpflege unterstützt werden. Für andere ist wichtig, dass die Fachkräfte auch mal in den Kühlschrank schauen und nachfragen, ob er oder sie heute schon etwas gegessen hat. Nach einem stationären Aufenthalt in der Psychiatrie schauen die Fachkräfte zwei Mal am Tag vorbei, um die Klienten beim Übergang in den Alltag zu begleiten.

Corona macht für Birgit Hofmann die Arbeit komplizierter. Jetzt muss sie manchmal erklären, dass sie gerade lächelt – was die Patienten wegen ihres Mund-Nasen-Schutzes nicht sehen können. Die Krankenschwester und ihre Kolleginnen testen sich selbst zwei Mal in der Woche auf Corona und halten so gut es geht Abstand bei ihren Besuchen in den Wohnungen. Viele der Klientinnen und Klienten tragen in ihren Wohnungen nicht gerne Masken oder welche, die eigentlich entsorgt gehörten. Für den Kontakt mit den Fachkräften der ambulanten psychiatrischen Pflege erhalten sie jetzt von diesen medizinische Masken. „Manche Gespräche führen wir auch draußen oder gehen spazieren“, sagt Birgit Hofmann. Die Fachkräfte lassen sich viel einfallen, um die Besuche so sicher wie möglich zu gestalten. Sie gar nicht mehr zu machen wäre keine Alternative: Ohne die Besuche der ambulanten psychiatrischen Pflege wäre für die Patienten kein selbständiges Leben möglich.

Die meisten Tagesangebote in den Gemeindepsychiatrischen Zentren der Stadt sind derzeit gestrichen – was den oft eintönigen Alltag der psychisch Erkrankten noch ereignisloser werden lässt. In Freiberg ist die Terrasse noch offen für Besucher, Menschen können anrufen oder vorbeikommen, um sich dann mit Mitarbeitenden zu verabreden.

Eva Gebhard, die ebenfalls in der ambulanten psychiatrischen Pflege der eva arbeitet, absolviert am Wochenende bis zu 36 Hausbesuche an einem Tag. Wie oft sie dazwischen ihre Hände desinfiziert nach dem Anfassen von Türklinken, Aufzugsknöpfen, der Autotür, zählt sie gar nicht mehr. Was ihr weiterhin auffällt: „Viele Patienten sind jetzt noch viel bedürftiger als vor Corona, weil so viele Angebote wegfallen.“ pm

Weitere Informationen: eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Tel.: 0711 2054-321, E-Mail: ulrike.herbold@eva-stuttgart.de.

Treff für Geschwister von Kindern mit Behinderungen jetzt auch in Stuttgart

Die Offenen Hilfen der Diakonie Stetten bieten für Kinder, die eine Schwester oder einen Bruder mit Behinderung haben, den Geschwistertreff jetzt auch in Stuttgart an. Die Kurse fördern das Selbstbewusstsein der Kinder und ermöglichen den Austausch mit Gleichgesinnten.

Stuttgart. Schwestern und Brüder von Kindern mit Behinderungen wachsen meistens unter anderen Umständen auf als ihre Altersgenossen: Die Eltern haben aufgrund der Behinderungen des einen Kindes weniger Zeit und die Geschwisterkinder sehen sich bereits in jungen Jahren mit vielfältigen Stresssituationen konfrontiert. Der Geschwistertreff der Diakonie Stetten richtet sich an Kinder zwischen sieben und 16 Jahren und bietet ein abwechslungsreiches Programm, bei dem sich Geschwisterkinder mit Unterstützung erfahrener Sozialpädagogen untereinander austauschen können und spielend mehr Selbstbewusstsein erlernen.

Emilie Müller* kommt aus Stuttgart-Hofen und war schon öfter beim Geschwistertreff der Diakonie Stetten in Kernen dabei. Daneben hat sie bereits zweimal an der mehrtägigen Geschwisterfreizeit im Schwarzwald teilgenommen und fand diese „richtig gut“. „Wir waren auf dem Aitramp und haben verschiedene Spiele gemacht. In den Pausen haben wir uns ausgetauscht und es tat gut zu sehen, dass es auch andere Kinder gibt, denen es wie mir geht“, erzählt die Zwölfjährige. Bei der Freizeit über das Wochenende „hatte man viel Zeit, die anderen besser kennenzulernen“. Emilies Bruder Jonas* ist 15 Jahre alt und hat eine Autismusspektrumstörung. Er nimmt ebenfalls regelmäßig an Freizeitangeboten der Diakonie Stetten, wie z.B. dem Sams in Stuttgart-Mitte, teil. „Ich bin wirklich sehr froh, dass es dieses Angebot von der Diakonie Stetten für die Geschwisterkinder gibt. Als Emilie nach dem ersten Treffen zurückkam, war sie richtig begeistert und es tat ihr sehr gut zu sehen, ich bin mit meiner Situation nicht alleine“, erzählt die Mutter von Emilie und Jonas. Als Eltern versuche man zwar immer, möglichst beiden Kindern gerecht zu werden. Im Alltag sei es dann allerdings doch oft so, dass das Kind mit Behinderung mehr Aufmerksamkeit bekomme. „Beim Geschwistertreff geht es mal nur um das Kind ohne Behinderung und das finde ich wichtig“, so die Mutter.

Katharina Kaeuffer vom Team der Offenen Hilfen leitet gemeinsam mit ihrer Kollegin Conny Huber den Geschwistertreff und ist auch bei den Freizeiten im Schwarzwald mit dabei. „Der Geschwistertreff ist eine Mischung aus Spiel, Spaß und Gesprächsrunden. Die Kinder sollen einfach mal abschalten können. Daneben wollen wir ihnen eine Plattform bieten, auf der sie sich mitteilen können, was sie im Alltag beschäftigt“, erzählt die Heilerziehungspflegerin. Die Nachfrage für den Geschwistertreff ist groß und deshalb wird der Treff seit diesem Jahr auch in Stuttgart angeboten. „Wenn der erste Schritt überwunden ist, dann kommen die Kinder immer wieder gerne, weil es ihnen hilft und guttut“, sagt die 31-Jährige. Geschwister von Kindern mit Behinderungen müssen im Alltag bereits früh und viel Verantwortung übernehmen. Sie müssen geduldig sein und haben oft keine Möglichkeit darüber zu sprechen, was sie bewegt. Daneben trauen sich viele von ihnen nicht, Freunde zu sich nach Hause einzuladen, weil sie Angst vor deren Reaktion haben, wenn diese das ungewohnte Verhalten des Geschwisters mitbekommen „Hier können sie darüber sprechen, was sie nervt oder wie es ist mit jemandem im Rollstuhl zusammenzuleben. Daneben wissen viele zwar, dass der Bruder oder die Schwester eine Behinderung haben, aber nicht genau, was diese bedeutet. Wir informieren sie dann über die Behinderung“. Dabei arbeitet das Team ganz ohne Druck. Wenn sich ein Kind mitteilen möchte, dann kann es das jederzeit tun. Es muss aber nicht. Wichtig ist den Mitarbeitenden der Offenen Hilfen, „dass die Kinder hier abschalten können, eine schöne Zeit verbringen und nebenbei ihr Selbstbewusstsein stärken“. pm

*Namen von der Redaktion geändert

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Hannah Kaltarar, Stv. Pressesprecherin, Tel.: 07151 940-2974, E-Mail: hannah.kaltarar@diakonie-stetten.de.

Erlacher Höhe fordert Erhöhung der Grundsicherung

Die Große Koalition einigt sich auf eine Einmalzahlung in Höhe von 150 Euro für Grundsicherungsbeziehende. Ein erster Schritt, aber kein Vergleich zu einer dauerhaften Erhöhung des Regelsatzes.

Großlarch. Die Große Koalition hat sich am Mittwochabend auf einen einmaligen Corona-Zuschuss in Höhe von 150 Euro für erwachsene Grundsicherungsbeziehende verständigt. Wolfgang Sartorius, Vorstand des diakonischen Einrichtungsverbands Erlacher Höhe mit Sitz in Großlarch (Rems-Murr-Kreis), sieht darin einen ersten, wichtigen Schritt: „Die außergewöhnlichen Belastungen durch eine weltweite Pandemie sind in den Berechnungen der Regelsätze nicht vorgesehen, darauf weisen wir bereits seit Beginn der Pandemie hin. Offensichtlich hat die Koalition jetzt erkannt, dass auch Menschen, die vom Existenzminimum leben, auf Unterstützung und Solidarität angewiesen sind.“ Bereits Mitte März 2020 hatte die Erlacher Höhe zusammen mit der Diakonie Württemberg und weiteren Wohlfahrtsverbänden eine zumindest vorübergehende Anhebung des Regelsatzes um 100 Euro für Erwachsene und 80 Euro für Minderjährige angemahnt.

Einkommensarme trifft die Pandemie besonders hart. Durch die Lockdown-Maßnahmen fallen viele Hilfs- und Versorgungsangebote wie günstige Mittagstische oder Tafelläden weg, auch das kostenlose Mittagessen findet im Homeschooling nicht statt. Gleichzeitig reißen gestiegene Preise für frische Lebensmittel und die für Einkauf, Bus und Bahn notwendigen medizinischen Masken tiefe Löcher in die ohnehin schmalen Geldbeutel von Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern. Denn die angekündigten Gutscheine für FFP2-Masken seien noch immer nicht bei allen Menschen angekommen, so Sartorius. Um die pandemiebedingten Mehrbelastungen auszugleichen, müsse deshalb die Grundsicherung erhöht werden. „Es darf nicht bei einer Einmalzahlung bleiben. Zumindest für die Dauer der Krise müssen die Regelsätze erhöht werden, damit einkommensarme Menschen die durch die Corona-Pandemie verursachten Mehrkosten stemmen können und nicht zusätzlich benachteiligt und abgehängt werden.“ pm

Weitere Informationen: Erlacher Höhe, Andrea Beckmann, Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 07193 57-171, E-Mail: Andrea.Beckmann@erlacher-hoehe.de.

Die Mobile Kindersozialarbeit in Plieningen/Birkach ist weiter unterwegs

Martha Schieron von der Mobilen Kindersozialarbeit der eva nutzt viele Möglichkeiten, um in der Corona-Zeit mit ihren jungen Klientinnen und Klienten in Kontakt zu bleiben. Dazu gehören Videotelefonate genauso wie Spaziergänge durch Birkach und Plieningen.

Stuttgart. Die Zeiten sind für alle hart. Doch für Kinder, die in beengten Wohnverhältnissen leben, deren Eltern wenig Geld besitzen und die mit dem Home-Schooling ihre Probleme haben, sind sie noch etwas härter. Das weiß Martha Schieron, die schon seit vielen Jahren Kinder in Birkach und Plieningen betreut. Erst war sie Ganztagsbetreuerin in der Schule, seit April 2020 arbeitet die Kindheitspädagogin im Dienst der Mobilen Kindersozialarbeit der Evangelischen Gesellschaft (eva). Der zweite Lockdown setzt ihrer jungen Zielgruppe ziemlich zu: So viel ist verboten, viele klagen, dass ihre Eltern sie aus Angst vor dem Virus kaum noch vor die Tür ließen. Auch Martha Schieron kann die Angebote nicht mehr machen, bei denen sie die Kinder von 8 bis 13 Jahren zur Schnitzeljagd durch den Stadtteil schickt oder mit ihnen auf dem Spielplatz Tischtennis spielt und dabei ins Gespräch kommt.

Untätig ist sie trotzdem nicht. „Ich darf dienstlich ein Smartphone nutzen und halte so den Kontakt zu den Kindern“, sagt sie. Mit manchen führt sie Videotelefonate, mit anderen verabredet sie sich für ein Einzelgespräch in den Räumen der Mobilen Jugendarbeit in Birkach. „Vielen tut es einfach gut, darüber zu reden, was sie bedrückt“, berichtet Martha Schieron. So eine Verabredung bringt zudem Struktur in den Tag – etwas, das vielen Kindern abgeht. Martha Schieron kann sie in der Einzelbetreuung auch bei den Hausaufgaben unterstützen. Das Klassenzimmer fehlt manchen sehr, hat sie erfahren. „Die Kinder und Jugendlichen verlieren daheim den Faden, können sich nicht so gut konzentrieren.“

Regelmäßig ist Martha Schieron auch einfach als Streetworkerin im Stadtteil unterwegs, um die Kinder zu treffen. „Ich nutze viele Möglichkeiten, um den Kontakt zu halten und den Kindern zu vermitteln: ‚Wir sind präsent und für Euch da‘“, sagt sie. Die Botschaft kommt an: Kürzlich hat ihr ein Kind ein selbstgemaltes Bild aufs Handy geschickt. pm

Weitere Informationen: eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Tel.: 0711 2054-321, E-Mail: ulrike.herbold@eva-stuttgart.de.

Treff Sozialarbeit der eva zum Umgang mit Menschen mit Messie-Syndrom

Das Bett ist so zugestellt, dass man darauf nicht mehr schlafen kann: „Messies“ werden Menschen genannt, die ihre Wohnung kaum noch nutzen können. Beim Treff Sozialarbeit der Evangelischen Gesellschaft (eva) haben Praktiker über ihren Umgang mit solchen Menschen berichtet. Die Expertin Veronika Schröter hat über die psychischen Hintergründe des Messie-Syndroms aufgeklärt.

Stuttgart. Frau K. ist keine arme Frau, im Gegenteil. Sie besitzt eine Eigentumswohnung und sehr viele Dinge. Zu viele. Im Schlafzimmer ist ihr Bett unter der Last der abgestellten Gegenstände zerbrochen. Ihr neues Bett hat sie ins Wohnzimmer gestellt, zwei Jahre nicht bezogen und darauf auch gegessen. Das war der Zustand, als Monika Moll vom Fachdienst Wabe (Wohnraumarbeit für Menschen in desorientierten Haushalten) Frau K. zum ersten Mal besucht hat.

Mittlerweile kann Frau K. gut für sich und ihre Wohnung sorgen. „Wir machen nichts gegen den Willen der Betroffenen. Und wenn Gegenstände entsorgt werden, dann nur auf Wunsch. Bei unserer Arbeit steht der Mensch, nicht die Wohnung im Vordergrund“, beschreibt Monika Moll ihre Vorgehensweise. Zusammen mit drei Kollegen ist sie im Landkreis Esslingen zuständig für Menschen, denen aufgrund der Vermüllung der Verlust der Wohnung droht. Bis zu einem Jahr lang kann eine Wabe-Fachkraft zwei bis drei Mal wöchentlich für jeweils zwei Stunden in die Wohnung einer vom Messie-Syndrom betroffenen Person kommen.

Jürgen Thomas arbeitet seit zwanzig Jahren in Stuttgart im Dienst der Caritas in der Wohnraumarbeit. „Meist sind es entnervte Nachbarn, Vermieter oder Hausbesitzer, die sich bei uns melden“, berichtet er. Bevor er seine Arbeit mit Klienten aufnimmt, müssen diese einem Hilfeplan zustimmen. „Manchen der Betroffenen fehlt schlicht die Zeit, für ihre Wohnung zu sorgen, weil sie drei Jobs gleichzeitig haben“, berichtet er.

Die äußere Verwahrlosung ist das Zeichen einer großen inneren Not, hat Veronika Schröter von vielen ihrer Klientinnen und Klienten erfahren. Seit mehr als dreißig Jahren beschäftigt sie sich mit den Menschen, denen die Dinge über den Kopf wachsen, und leitet in Stuttgart das Messie-Kompetenzzentrum, in dem Klienten therapiert und Fachkräfte geschult werden. (www.messie-kompetenz-zentrum.com).

Es ist weder ein Zwang noch eine Sucht, die hinter dem Verhalten stehen, sich nicht von Dingen trennen zu können, sagt Veronika Schröter. „Es ist eine Wertbeimessungs-Störung. Die Betroffenen holen sich über die Dinge etwas in ihr Leben, das ihnen Geborgenheit gibt.“ Dahinter kann eine Kindheit stehen, in der man keine positive Bindung erfahren hat. Auch überangepasste Menschen können zu pathologischen Hortern werden. „Die Welt der Dinge bezeugt für sie ihre Existenz. Das müssen wir als Fachkräfte würdigen, bevor wir auch nur einen Krümel aus der Wohnung tragen“, sagt Veronika Schröter.

Das Vermüllungs-Syndrom oder Verwahrlosungs-Syndrom beruht dagegen meist auf einer schweren psychischen Erkrankung. Ob die Klienten unter dem Verwahrlosungs-Syndrom leiden oder ob sie pathologische Horter sind, müsse man in der Begleitung und Therapie unterscheiden. Wichtig sei jedoch immer eine gute Kommunikation: „Wir müssen die Lebenswunden erkennen, um bedürfnisorientiert zu behandeln“, so Veronika Schröter. pm

Weitere Informationen: eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart, Ulrike Herbold, Pressesprecherin, Tel.: 0711 2054-321, E-Mail: ulrike.herbold@eva-stuttgart.de.

Schwarzer-Peter-Spiel auf dem Rücken der Menschen mit Behinderung?

Die Diakonie Stetten prangert in einem Offenen Brief an die Landespolitik an, dass durch ein „Hin- und Hergeschiebe“ von Verantwortung zwischen Land und Kommunen Menschen mit Behinderung und die Träger der Eingliederungshilfe systematisch benachteiligt werden.

Kernen-Stetten. Während Corona-bedingte Mehraufwendungen der Pflegeheime und Krankenhäuser über das Krankenhausentlastungsgesetz unbürokratisch erstattet werden, warten die Träger der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg noch immer auf ein Signal der Kostenträger, dass ihre enormen finanziellen Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie anerkannt und erstattet werden. Dies stellt die Einrichtungen und ihre Angebote für Menschen mit Behinderung vor enorme Probleme. Damit werden Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg systematisch benachteiligt. Während andere Bundesländer pragmatische Lösungen gefunden haben, wird speziell in Baden-Württemberg die Verantwortung zwischen Land und Kommunen hin- und hergeschoben.

Einrichtungen der Eingliederungshilfe erhalten in anderen Bundesländern wie z.B. Nordrhein-Westfalen einen Kostenersatz auf Grundlage des Krankenhausentlastungsgesetzes, während die in Baden-Württemberg als Kostenträger zuständigen Stadt- und Landkreise eine Kostenerstattung bislang unisono verweigern und auf das Land verweisen. Die Landesregierung wiederum verweist auf die formale Zuständigkeit der Stadt- und Landkreise und lehnt ihrerseits eine weitere Kostenbeteiligung, über die bislang geflossenen Transferleistungen an die Kommunen hinaus, ab. Sozialminister Lucha verweist darauf, dass es sich um eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Stadt- und Landkreise handelt. Deshalb hat sich die Diakonie Stetten gezwungen gesehen, eine Klärung auf dem Rechtsweg einzuleiten. Gleichzeitig hat sie sich an die Landespolitik gewandt und angefragt, was das Land Baden-Württemberg unternimmt, damit die Pflichtaufgabe der Kommunen gesetzeskonform vollzogen wird.

Einrichtungsträger wie die Diakonie Stetten leiden in mehrfacher Hinsicht unter den Belastungen der Corona-Krise. Zu den Belastungen für Klienten und Mitarbeitende im Zusammenhang mit den Infektionen und mit den Einschränkungen des Alltags kommen finanzielle Belastungen durch Zusatzausgaben für Hygiene- und Schutzmaßnahmen und zusätzlich notwendiges Personal. Neben diesen Mehrkosten hat sie zudem erhebliche Einnahmeeinbußen zu beklagen – unter anderem weil Produktionsaufträge von Firmen in den zeitweise geschlossenen Werkstätten nicht bearbeitet und freie Wohnplätze in den Wohneinrichtungen zeitweise nicht wieder belegt werden konnten. Mehrkosten und Mindereinnahmen, die sich, Stand Januar 2021, allein in der Diakonie Stetten auf mehr als 8 Millionen Euro summieren.

Damit existiert in Baden-Württemberg eine systematische Benachteiligung der Menschen mit Behinderung und der Einrichtungen der Eingliederungshilfe gegenüber anderen Bereichen der staatlichen Daseinsvorsorge. In Verbindung mit den ohnehin großen Herausforderungen in der Eingliederungshilfe durch das neue Bundesteilhabegesetz, die UN-Behindertenrechtskonvention und die Landesheimbauverordnung sieht die Diakonie Stetten ihre Arbeit für Menschen mit Behinderung im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge bedroht. Sie befürchtet, dass perspektivisch einige Angebote durch die finanziellen Folgen der Corona-Krise nicht mehr aufrechterhalten werden könnten.

Deswegen fordert der Vorstandsvorsitzende Rainer Hinzen: „Dieses unwürdige Schwarze-Peter-Spiel muss endlich beendet werden. Die systematische Benachteiligung der Menschen mit Behinderung und der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg muss dringend gestoppt werden. Alle Beteiligten müssen jeweils ihre Verantwortung in vollem Umfang übernehmen und damit aufhören, nur auf Andere zu verweisen.“ pm

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Steffen Wilhelm, Pressesprecher, Tel.: 07151 940-3102, E-Mail: steffen.wilhelm@diakonie-stetten.de.

Kurznachrichten

Stuttgart. Zwei der drei Gewinner-Projekte der Initiative NUR:MUT der Berthold Leibinger Stiftung werden von der Diakonie Württemberg getragen. Erstmals zeichnet die Initiative drei Projekte im sozialen Bereich in Baden-Württemberg aus. Die Altenhilfe Reutlingen der BruderhausDiakonie und die Familienentlastenden Dienste des Behindertenzentrums Stuttgart (FELS) können nun in ihrer Umsetzung unterstützt werden – nicht nur finanziell. Die Gewinner erhalten eine Prozessbegleitung durch die Agentur mehrwert und einen Etat in Höhe von 5.000 Euro für eine Hospitation bei vergleichbaren Projekten. „Die Bruderhausdiakonie in Reutlingen beschäftigt in elf Einrichtungen Freiwillige und Auszubildende aus verschiedenen Nationen. Der sehr unterschiedliche Hintergrund der jungen Leute erfordert eine gute interkulturelle Kommunikation und begleitende Angebote zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung“, meint Jurorin Pfarrerin Monika Renninger. Die ausländischen Auszubildenden sollen durch die Initiative bei Sprachkursen, Seminaren und in der Freizeit sozialpädagogisch begleitet werden. FELS überwindet Inklusions- und Integrationsbarrieren, indem es Familien in ihrer Kompetenz stärkt, ihr Kind mit Behinderung in ihrem sozialen Kontext zu fördern und Geflüchtete ermutigt, ihre Erfahrung in pädagogische und inklusionsfördernde Prozesse einzubringen. lf

Stuttgart. Die neue Broschüre „Wie die Förderung von Strukturen zu einem dauerhaften und stabilen ehrenamtlichen Engagement führen kann“ stellt konkrete Maßnahmen vor, die das ehrenamtliche Engagement dauerhaft stärken können. Das Papier der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg benennt, was Träger, Einrichtungen und Politik zur Förderung des Ehrenamts beitragen können. So soll das Ehrenamt besser wahrgenommen und wertgeschätzt werden. Zu den Aufgaben gehören etwa die Mitbestimmung von ehrenamtlich Tätigen in Einrichtungen und Politik oder die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt. Auch sollen Ehrenamtliche auf hauptamtliche Ressourcen zugreifen können, wobei diese klar voneinander getrennt sein müssen. Ehrenamtliche Arbeit muss mehr Anerkennung bekommen und darf nicht nur als Dienstleistung angesehen werden, heißt es weiter. cm

Stuttgart. Der NOBIS-Arbeitsschutz-Preis 2020 geht an den Krankenpflegeverein Althengstett bei Calw. Der Preis ist eine Anerkennung herausragenden Engagements zur Verbesserung des Arbeitsschutzes. „Pflege und schone deinen Rücken“ heißt das ausgezeichnete Programm des Vereins, der damit auf Rückmeldungen seiner Pflegekräfte zu Rücken- und Lendenwirbelschmerzen reagiert. Zum einen beinhaltet das Programm Freikarten für das Hallenbad. Außerdem unterstützt ein mobiles pneumatisches Hebekissen bei Hausbesuchen dabei, Patientinnen und Patienten vom Boden aufzuhelfen und so den Rücken der Pflegekräfte zu entlasten. Zusätzlich soll ein neu angeschaffter Massagesessel den Mitarbeitenden die Möglichkeit geben, ihren Rücken vor und nach dem Dienst zu entspannen. Der Verein wurde 1913 gegründet und umfasst inzwischen mehrere Tätigkeitsfelder wie ambulante Pflege, Nachbarschaftshilfe, Pflegekurs und Bewegungsgruppen. lf

Stuttgart. Rauchen ist ungesund und der wichtigste vermeidbare Krebsrisikofaktor – das weiß inzwischen nicht nur jedes Kind, sondern auch jede Raucherin und jeder Raucher. Doch wie damit aufhören, vor allem, wenn soziale Kontakte und damit Ablenkung kaum mehr möglich sind? Wer einen (neuen) Anlauf machen möchte, ohne Nikotin zu leben, kann das beim nächsten Nichtraucherkurs der Evangelischen Gesellschaft (eva) tun. Wann genau der Nichtraucherkurs der eva starten kann, ist zwar noch ungewiss. Doch wer seine guten Vorsätze nach dem Lockdown bald umsetzen möchte, kann sich jetzt auf eine Warteliste setzen lassen. Er oder sie wird informiert, sobald der nächste Kurs startet. In der Gruppe tauschen sich die Teilnehmenden über ihr Rauchverhalten im Alltag aus. Sie lernen Strategien, wie sie Versuchungen vermeiden und dauerhaft rauchfrei leben können. Geleitet wird der Kurs von Werner Breitschmid vom Beratungs- und Behandlungszentrum für Suchterkrankungen der eva. lf

Kernen/Stetten. Im Rahmen des Kooperationsprojekts der Diakonie Stetten und der VHS Unteres Remstal zum Thema „Unsere Heimat Baden-Württemberg und die Landtagswahl 2021“ findet aktuell ein landesweiter Schreibwettbewerb statt. Interessierte Autorinnen und Autoren sind aufgerufen, sich Gedanken zu ihrer Heimat zu machen und ihre Texte jeglichen Genres bis spätestens 11. April 2021 einzureichen. „Bei unserem Wettbewerb gibt es nur Gewinner, weil schreiben Spaß macht, und Preise für diejenigen, deren Texte die Jury auswählt. Unser Wettbewerb ist offen für alle, die Baden-Württemberg gut kennen. Dabei kann Heimat vieles sein, z. B. der Geruch einer frischen Brezel beim Bäcker oder einer frisch gemähten Wiese. Die Autoren können über sich schreiben, Gedichte über die Heimat verfassen oder auch Heimatkrimis und Heimatliebesgeschichten einreichen“, erklärt Beate Fischer im Onlinevideo, das auf der Plattform zum Kooperationsprojekt zu sehen ist. Sie ist Schreibpädagogin und betreut den Wettbewerb. Menschen jeglichen Alters, mit und ohne Behinderung, sowie Autorinnen und Autoren, die Baden-Württemberg gut kennen, können am Schreibwettbewerb teilnehmen. Ob ein bestimmter Ort, die Familie, der Verein, ein Haustier, ein Lied, ein Geruch oder ein Geräusch – die Verfasser der Texte sind völlig frei und können ihre Gedanken in unterschiedlichen Textformen zum Ausdruck bringen. Der Text darf höchstens 8000 Zeichen umfassen und sollte in deutscher Sprache verfasst sein. Alle Geschichten werden nach Einsendeschluss auf der Webseite des Schreibwettbewerbs veröffentlicht. Für die besten drei Geschichten gibt es Sonderpreise. If

Personalnachrichten

Wir trauern um **Prof. Dr. Walther Specht**, der im Alter von 82 Jahr verstorben ist. Er war der Mitbegründer der Mobilen Jugendarbeit, leidenschaftlich getragen und angetrieben von der Überzeugung, dass jungen Menschen, die durch riskantes und gewaltbereites Verhalten auffällig werden, mit Zuwendung statt Ausgrenzung zu begegnen ist. Nach seinem Studium der Erziehungswissenschaft in Tübingen und seiner bis heute wegweisende Dissertation „Jugendkriminalität und Mobile Jugendarbeit“ folgten berufliche Stationen an der Universität Tübingen und als Professor an der FH-Esslingen bevor er 1988 Direktor im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde. Von 1992 bis 2012 war er Vorsitzender und seit 2013 Ehrenvorsitzender der von ihm gegründeten 'Internationalen Gesellschaft für Mobile Jugendarbeit' (ISMO). 1997 bis 2001 war er darüber hinaus Sprecher der Nationalen Armutskonferenz in Deutschland. 2002 erhielt er das Bundesverdienstkreuz des Bundesrepublik Deutschland. Immer wieder hat er betont, dass Mobile Jugendarbeit für ihn vor allem ein Konzept der „Friedensarbeit“ ist, weil es auf nachhaltige solidarische Veränderungen in Gruppen und im Gemeinwesen zielt. If